

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 15. Mai 2008, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Hermann Steiner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 47
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Patrick Bürgi, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
Susan Tuttle, Mitglied des Einwohnerrates, SP
Werner Meister, Mitglied des Einwohnerrates, SVP

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 13. März 2008
 2. 1 Einbürgerung; Guzzo Luana, geb. 5. Mai 1989, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 29
 2. 2 Einbürgerung; Halili Nuhi, geb. 18. März 1951, und Halili-Berisha Sevdije, geb. 25. März 1957, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Feldstrasse 8
 2. 3 Einbürgerung; Markaj Franc, geb. 26. April 1973, Markaj Antoneta, geb. 15. Mai 1975, Markaj Nik, geb. 20. Dezember 1996, Markaj Patrik, geb. 4. April 1999, und Markaj Franciska, geb. 14. Mai 2003, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 49
 2. 4 Einbürgerung; Rexhaj Kole, geb. 19. Mai 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Freistrasse 3
 2. 5 Einbürgerung; Rexhepi Fitim, geb. 7. März 1994, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 49
 2. 6 Einbürgerung; Whaib Safa, geb. 19. März 1992, irakische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 71
 2. 7 Einbürgerung; Whaib Shumos, geb. 25. März 1991, irakische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 71
 2. 8 Einbürgerung; Yildiz Serkan, geb. 16. September 1991, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 49

3. Kreditbegehren von Fr. 225'960.00 für die Realisation der Fusswegverbindung zur Wehrkrone des Limmatkraftwerks ewz
4. Kreditabrechnung von Fr. 214'456.95 für die Erstellung eines kommunalen Salzsilos mit Muldenanlage
5. Kreditabrechnung von Fr. 1'448'520.15 für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Wiederinstandstellung der Seminarstrasse (Schwimmbadstrasse-Restaurant Bahnhof)
6. Kreditabrechnung von Fr. 2'650'970.65 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 6
7. Kreditabrechnung von Fr. 100'132.15 für die Reorganisation des Archivs der Wettinger Gemeindeverwaltung
8. Bericht zur Fusionsanfrage Neuenhof sowie zur Gemeinde-landschaft; Kenntnissnahme
9. Interpellation Esther Elsener Konezciny vom 24. Januar 2008 betreffend zweite Etappe Zentrumsplatz; Beantwortung
10. Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen; Entgegennahme
11. Motion Fraktion SVP vom 24. Januar 2008 betreffend kostendeckende Polizeileistungen für Neuenhof nach dem Grundsatz: Wettinger Steuergelder für Wettingen; Ablehnung
12. Motion Fraktion SVP vom 13. März 2008 gegen Steuern auf Vorrat mit einer Senkung des Steuerfusses um 3 % auf 84 %; Ablehnung

0. Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 13. März 2008, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Postulat Patrick Bürgi und Stephan Frey vom 15. Mai 2008 betreffend Erstellung von WC-Anlagen beim Zentrumsplatz

Antrag

Der Gemeinderat wird ersucht, die Erstellung von WC-Anlagen beim Zentrumsplatz an der Landstrasse zu prüfen und rasch möglichst zu realisieren.

Begründung:

Über die Funktionalität, über die Beliebtheit sowie über das ästhetische Äussere des Zentrumsplatzes können verschiedene Ansichten vertreten werden. Tatsache ist, dass der Zentrumsplatz an sehr zentraler Lage in Wettingen je länger je mehr belebt wird. Zudem finden in letzter Zeit immer wieder Aktivitäten und Anlässe auf dem Zentrumsplatz statt.

Im Rahmen solcher Aktivitäten und Veranstaltungen wurde festgestellt, dass den Besuchern keine öffentliche WC-Anlage zur Verfügung steht. Die örtlich nächst gelegene und öffentlich zugängliche befindet sich beim Rathaus. Es wäre eine Illusion, zu glauben, die Besucher des Zentrumsplatzes würden die WC-Anlage im Rathaus benützen. Bislang mussten sich die Veranstalter mit mobilen WC-Anlagen behelfen. Dies wiederum ist mit hohen Kosten verbunden, zusätzlich passt ein WC-Wagen oder „ToiTois“ nicht ins Bild auf dem Zentrumsplatz.

Der Zentrumsplatz ist ein öffentlicher Platz und es muss im Interesse der Gemeinde sein, sowohl für Veranstaltungen als auch für Spaziergänger und Personen, die beim Zentrumsplatz verweilen, eine öffentliche WC-Anlage zur Verfügung zu stellen. Damit kann die Sauberkeit und die Belastung der Umgebung nochmals verbessert werden. Diese Ausgangslage rechtfertigt die Prüfung der Erstellung einer öffentlich zugänglichen WC-Anlage beim Zentrumsplatz. Die Realisierung derselben steht im öffentlichen Interesse und sollte rasch möglichst umgesetzt werden.

0.b.b Postulat Patrick Bürgi vom 15. Mai 2008 betreffend Überprüfung der Energiekosten der Liegenschaften der Gemeinde Wettingen**Antrag:**

Der Gemeinderat wird ersucht, geeignete Möglichkeiten zu prüfen, welche die Energiekosten der gemeindeeigenen Bauten und Anlagen zu reduzieren ermöglichen.

Begründung:

Rückblickend auf die vergangenen Jahre konnten im Rechnungsjahr 2007 die Energiekosten im Rathaus erstmals wieder gesenkt werden (Fr. 54'845.55 unter Konto 090.312.00). Offensichtlich bewahrheiten sich nun die Versprechungen, welche im Rahmen der Fenstersanierung des Rathauses abgegeben wurden. Im Vergleich beliefen sich die Energiekosten im Rechnungsjahr 2005 auf Fr. 57'444.00 sowie im Rechnungsjahr 2006 auf Fr. 59'848.00. Die vorstehend beschriebene Entwicklung ist erfreulich.

Im Rahmen des Budgetrundgangs der Wettinger Schulen Ende März 2008 wurde den Teilnehmenden durch die Schulleitung der HPS das Projekt EnergieSchweiz der HPS vorgestellt. Hauptanliegen dieses Projekts ist die Verbesserung des Energiehaushalts der HPS und damit verbunden entsprechende Kostensenkungen. Dieses Projekt wird von einem externen Energieberater begleitet. Diese professionelle Beratung läuft seit 2006. In der Zwischenzeit haben sich die für die externe Energieberatung investierten Kosten (Fr. 1'800.00 pro Jahr) durch Reduktion der Energiekosten (rund Fr. 2'000.00 im 2007) bereits mehr als neutralisiert. Energieeinsparungen und damit verbundene Kostensenkungen werden möglich, indem beispielsweise sämtliche Bildschirme und Druckergeräte nach Arbeitsende ausgeschaltet werden und so im Standby über Nacht nicht unnötig Energie verbrauchen, indem die Heizung optimaler (Anpassung an die effektiven Gegebenheiten und Bedürfnisse) eingestellt wird oder mittels Einsatz von Zeitschaltuhren.

Aus Sicht der Beteiligten (Schulleitung, Abwart, Lehrpersonen HPS etc.) verläuft das „Energieprojekt HPS“ sehr erfreulich und ist bereits nach kurzer Zeit kostenneutral.

Nach Meinung des Postulanten wäre die Durchführung solcher Energieprojekte im Rathaus, den anderen Schulanlagen, im Werkhof etc. mehr als wünschenswert. Kommt hinzu, dass gemäss Wunsch des Einwohnerrates auch im Rahmen des weiteren Vorgehens im tägi darauf viel Wert gelegt werden muss. Sukzessive könnte auf diese Weise einerseits der Energiehaushalt der verschiedenen gemeindeeigenen Anlagen und Gebäude verbessert werden, andererseits aber auch beträchtliche Kosten eingespart werden. In diesem Sinne wird der Gemeinderat ersucht, die Einführung solcher Projekte in anderen Liegenschaften zu prüfen.

**0.c Postulat Marie-Louise Reinert und Holger Czerwenka vom 15. Mai 2008
betreffend Nutzung von Sonnenenergie bei Neu- und Umbauten in der Gemeinde
Wettingen**

Antrag:

Die Nutzung der Sonnenenergie soll in der Gemeinde intensiver gefördert werden. Insbesondere sollen geprüft werden:

1. Die Ergänzung der Bau- und Nutzungsordnung der Gemeinde in dem Sinne, dass die Nutzung von Sonnenenergie zur Warmwasseraufbereitung bei Neu- und Umbauten vorgeschrieben wird. Die Bedingungen, unter denen die Vorschrift gilt, wären genauer zu definieren: Grösse und Ausrichtung der Dachfläche, Sonnenbestrahlung, Abstand zu andern Bauten.

Die Allgemeine Verordnung zum Baugesetz (ABauV) von 1994 liefert drei Stellen, die diesbezüglich Aussagen machen:

§ 1

Erschliessungspläne können mit der Erschliessung zusammenhängende Anordnungen enthalten, insbesondere über die Erstellung von Fuss- und Radwegverbindungen, die Gestaltung und Bepflanzung des Strassenraumes und der Abstellplätze, über Lärmschutzmassnahmen sowie über Ver- und Entsorgungseinrichtungen.

§ 3 Abs. 1

Zusätzlich zu den Bestandteilen des Erschliessungsplanes kann der Gestaltungsplan weitere Anordnungen enthalten, insbesondere

- a) über Lage, Grösse, Beschaffenheit und Gestaltung der Bauten, Abstände, Bepflanzung, Terraingestaltung;
- b) über Art und Mass der Nutzung, Nebenanlagen, Abstellplätze;
- c) Vorschriften im Interesse des Natur-, Ortsbild-, Denkmal-, Gewässer- und Umweltschutzes sowie der Siedlungsqualität.

§ 21 Abs. 2

Bewilligungsvoraussetzungen für Arealüberbauungen sind

e) energieeffiziente Bauten, welche

- ...
- den zulässigen Wärmebedarf (...) um mindestens 20 % unterschreiten und höchstens 64 % des zulässigen Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nicht erneuerbaren Energien decken oder
- nur erneuerbare Energien oder Abwärme nutzen.

2. Förderbeiträge an private Bauherren, um entsprechende Investitionen zu generieren, auch für Altbauten.

Die dadurch generierten Aufträge werden dem örtlichen Gewerbe und den Anbietern solcher Anlagen willkommen sein.

3. Weitergehende konsequente Sonnenenergienutzung bei gemeindeeigenen Bauten.
4. Verstärkte Kooperation mit dem Gewerbe zur Förderung der Sonnenenergienutzung für Warmwasseraufbereitung.
5. Einbezug der Nutzung der Photo-Voltaik.

Begründung:

Wohl sind Solareinrichtungen für die Warmwasseraufbereitung und Solarstromanlagen immer wieder als beispielhaft in den Gazetten erwähnt. Bis jetzt sind es Einzelfälle. In der Gemeinde Wettingen sind in den letzten sechs Jahren mehr als tausend Wohnungen erstellt worden. Sonnenkollektoren zur Gewinnung von Warmwasser sind jedoch auf den Dächern dieser Bauten nicht zu sehen. Dennoch ist das die ökologisch beste Warmwasser-Aufbereitung: Sie benötigt praktisch keinen elektrischen Strom und erzeugt überhaupt kein CO₂. Die Aufbereitung durch die Wärmepumpe ist aufwendiger, da sie viel mehr elektrische Energie benötigt. Die Wärmepumpe soll das Warmwasser für die Heizung liefern, die Kollektorfläche das täglich benötigte Warmwasser bereitstellen.

Bauherren, die Wohnbauten erstellen und weiterverkaufen oder vermieten, haben von sich aus kein Interesse an einer solchen Investition, da sie nicht positiv zu Buche schlägt. Die meisten in letzter Zeit erstellten Wohnbauten sind solche Objekte. Hier kann nur eine Vorschrift zum Ziel führen.

Wenn die Gemeinde den Mut hat, Sonnenkollektor-Anlagen vorzuschreiben, leistet sie einen Beitrag zur Steigerung der Energie-Effizienz und zur Reduktion von CO₂. Die Lage unserer Gemeinde ist für Regen und entsprechend für einen guten Tropfen günstig besonnt - das kann auch für die Aufbereitung von Warmwasser und sogar für die Photovoltaik dienlich sein!

0.d Kleine Anfrage von Christine Meier Rey vom 15. Mai 2008 betreffend Stellung der Schulsozialarbeit SSA im Organigramm der Gemeinde Wettingen

Die Schulsozialarbeit in der Gemeinde Wettingen hat sich in den letzten Jahren etabliert. In allen Schulhäusern wird von der Schulsozialarbeit Gebrauch gemacht. Schülerinnen und Schüler der Wettinger Schulen, Eltern und Lehrpersonen klopfen bei den beiden Schulsozialarbeiterinnen an. Konzepte wurden erstellt, durchgeführt und evaluiert. Die Schulsozialarbeit in Wettingen floriert.

Da die Schulsozialarbeit von der Gemeinde organisiert und verwaltet wird, scheint es mir auch wichtig, dass diese sichtbar in der Gemeinde ist. Sichtbar nicht zuletzt im Organigramm der Gemeinde.

Hier nun meine erste Frage: Wo im Organigramm der Gemeinde Wettingen erscheint die Schulsozialarbeit?

Da die Schulsozialarbeit vollständig von der Gemeinde finanziert wird, die Volksschule mehrheitlich vom Kanton getragen wird, schliesst sich meine zweite Frage an: Wie sehen die Lohndifferenzen zwischen Personen, die Schulsozialarbeit gestalten und Lehrpersonen der Volksschule, bspw. Lehrpersonen der Sek. 1 aus und wie lassen sich eventuale Lohndifferenzen rechtfertigen?

Ich freue mich an der qualitativ hochstehenden Schulsozialarbeit in Wettingen. Da ich davon ausgehe, dass die Schulsozialarbeit in Wettingen von allen Seiten wertgeschätzt wird, sollte sich diese Wertschätzung auch in einer sichtbaren Platzierung in der Gemeindestruktur und in einer finanziell gerechten Entschädigung zeigen.

1. Protokoll der Sitzung vom 13. März 2008

Das Protokoll der Sitzung vom 13. März 2008 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2. Einbürgerungen

2.1 Guzzo Luana, geb. 5. Mai 1989, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 29

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.2 Halili Nuhi, geb. 18. März 1951, und Halili-Berisha Sevdije, geb. 25. März 1957, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Feldstrasse 8

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.3 Markaj Franc, geb. 26. April 1973, Markaj Antoneta, geb. 15. Mai 1975, Markaj Nik, geb. 20. Dezember 1996, Markaj Patrik, geb. 4. April 1999, und Markaj Franciska, geb. 14. Mai 2003, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.4 Rexhaj Kole, geb. 19. Mai 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Freistrasse 3

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.5 Rexhepi Fitim, geb. 7. März 1994, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.6 Whaib Safa, geb. 19. März 1992, irakische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 71

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.7 Whaib Shumos, geb. 25. März 1991, irakische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 71

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.8 Yildiz Serkan, geb. 16. September 1991, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

3. Kreditbegehren von Fr. 225'960.00 für die Realisation der Fusswegverbindung zur Wehrkrone des Limmatkraftwerks ewz

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Ich darf zu den nächsten vier Vorlagen etwas sagen. Die Finanzkommission hat allen vier folgenden Vorlagen einstimmig, bei 6 Anwesenden, zugestimmt und empfiehlt sie Ihnen zur Annahme. Wie den Medien entnommen werden, besteht keine grundsätzliche Opposition gegen diese Vorlage. Der Weg zur Krone des Limmatkraftwerkes ist sehr steil. Deshalb ist der Weg nicht einfach zu erstellen. Dies führt zu einer teureren Ausführung. Der Rest steht in der Vorlage. Die Finanzkommission ist einstimmig für die Annahme dieser Vorlage. Bei Fragen beantworte ich diese gerne im Rahmen meiner Kompetenz, allenfalls mit Unterstützung von Urs Heimgartner.

Marianne Ryf: Für die Fraktion SP/WettiGrünen ist die geplante Fusswegverbindung eine lohnenswerte Investition. Damit wird ein attraktives Erholungsgebiet für die Bevölkerung zugänglich gemacht. Deshalb stimmen wir diesem Kreditbegehren zu.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Realisation der Fusswegverbindung zur Wehrkrone des Limmatkraftwerks ewz wird ein Kredit von Fr. 225'960.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

4. Kreditabrechnung von Fr. 214'456.95 für die Erstellung eines kommunalen Salzsilos mit Muldenanlage

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Die Abrechnung ist eine Punktelandung, da die Erstellung nur um rund Fr. 4'500.00 teurer geworden ist. Es ist eigentlich nicht viel zu sagen. Ausser dass das Salzsilo als eine der grössten Fehlinvestitionen in die Geschichte Wettingens eingehen wird. Denn seit es vor zwei Jahren aufgestellt wurde, waren die Winter sehr milde und salzen war fast nicht nötig. Die Erstellung ist aber trotzdem eine erfreuliche Sache. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Kreditabrechnung anzunehmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Kreditabrechnung von Fr. 214'456.95 (inkl. MwSt.) für die Erstellung eines kommunalen Salzsilos mit Muldenanlage wird genehmigt.

5. Kreditabrechnung von Fr. 1'448'520.15 für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Wiederinstandstellung der Seminarstrasse (Schwimmbadstrasse-Restaurant Bahnhof)

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Die Sanierung der Seminarstrasse war eine langwierige Sache. Der ursprüngliche Kredit ist um rund Fr. 250'000.00 unterschritten worden. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits konnten bei der Entwässerung Einsparungen erzielt werden, andererseits ist die Mehrwertsteuer weggefallen, da die Abrechnung zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Abwasser erfolgt. Auch hier empfiehlt die Finanzkommission einstimmig, bei 6 Anwesenden, die Genehmigung dieser Kreditabrechnung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung von Fr. 1'448'520.15 (exkl. MwSt.) für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie Wiederinstandstellung der Seminarstrasse wird genehmigt.

6. Kreditabrechnung von Fr. 2'650'970.65 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 6

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Die Kreditabrechnung ist um rund Fr. 250'000.00 überschritten worden. Es handelt sich um einen alten Kredit. Er wurde im Jahr 1995 durch den Einwohnerrat bewilligt und basierte auf der Preisbasis von 1990. Seither sind rund 20 Jahre vergangen. Die resultierenden Arbeiten wurden in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Vermessungsamt durchgeführt. Auch der Grossteil der Kosten geht zu Lasten Bund und Kanton. Für die Gemeinde entfällt ein Anteil von rund Fr. 700'000.00. Auch hier beantworte ich gerne Fragen. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme dieser Kreditabrechnung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung von Fr. 2'650'970.65 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 6 wird genehmigt.

7. Kreditabrechnung von Fr. 100'132.15 für die Reorganisation des Archivs der Wettinger Gemeindeverwaltung

Markus Maibach, Vizepräsident Finanzkommission: Ich vertrete den Präsidenten Patrick Bürgi. Er hat das Geschäft geprüft. Der Gemeinderat hat der Finanzkommission und dem Einwohnerrat die Abrechnung für die Reorganisation des Archivs der Wettinger Gemeindeverwaltung unterbreitet. Der Einwohnerrat hat am 11. März 2004 einen Kredit von Fr. 96'500.00 sowie am 7. Dezember 2006 einen Zusatzkredit von Fr. 19'500.00 bewilligt. Nun liegt die Kreditabrechnung über einen Betrag von Fr. 100'132.15 vor.

Die hauptsächlichen Kosten von insgesamt rund Fr. 85'000.00 entfallen auf die Honorierung von Karl Meier. Dieser hat in den vergangenen Jahren rund 1'300 Stunden aufgewendet, um das Gemeindearchiv von Wettingen zu inventarisieren und aufzuräumen. Dies wurde in den vergangenen 50 Jahren versäumt. Die elektronische Organisation des Archivs wurde über ein Excel-File sichergestellt. Die für eine elektronische Archivsoftware bereitgestellten Fr. 20'000.00 wurden nicht benötigt. Zu Recht hält der Gemeinderat zusammenfassend fest, dass unter diesen Umständen effektiv von einer Kreditüberschreitung auszugehen ist (+ Fr. 4'132.15).

Zusammenfassend konnte die Finanzkommission feststellen, dass die von Karl Meier geleisteten Arbeiten in diversen Zwischenberichten und im Schlussbericht vom 17. Dezember 2007 festgehalten wurden. Ein persönlicher Augenschein zeigte ein aufgeräumtes, sauber organisiertes Archiv. Die vom Einwohnerrat bewilligten Arbeiten wurden erledigt und sind abgeschlossen. Die Durchsicht sämtlicher Belege gab zu keinen Klagen Anlass. Nach Ansicht der Finanzkommission muss es nun das Hauptanliegen sein, dass sämtliche Verwaltungsabteilungen ihre jeweiligen Archive stets pflegen und auf dem aktuellsten Stand halten.

Seitens der Finanzkommission liegen keine Beanstandungen zur Kreditabrechnung vor. Sämtliche Positionen sind ausgewiesen und transparent. Da der Gesamtkreditbetrag niedriger ist als die Limite des Investitionsbegriffs, wurden die Beträge über die laufende Rechnung abgerechnet. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig (bei 6 Anwesenden), der Kreditabrechnung für die Reorganisation des Archivs der Wettinger Gemeindeverwaltung zuzustimmen.

Marie-Louise Reinert: Die Finanzkommission hat keinen Anlass zu Klagen für diese Arbeit gefunden. Ich erlaube mir einen Schritt weiterzugehen und zu sagen, dass ich dies eine ganz tolle Arbeit finde. Der Bericht von Karl Meier ist sehr interessant und macht einen neugierig auf andere Darstellungen dieser Resultate, beispielsweise in Form einer Ausstellung. Es ist mir aufgefallen, dass es im Bericht von Karl Meier einen Hinweis hat auf die Ressourcen. Sachen ordentlich aufzuräumen ist sehr zeitintensiv, deshalb möchte ich unterstreichen, dass auf diese Ressourcen ein Auge geworfen werden muss, weil diese Archivarbeiten in Zukunft laufend gemacht werden müssen.

Marianne Ryf: Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschliessen und habe eine Frage. Es ist nun die Aufgabe der Abteilungen, das Archiv zu organisieren. Gibt es dazu ein Archivierungskonzept oder eine Anleitung, wie vorzugehen ist? Wie wird die Archivierung künftig gehandhabt?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Zur Vorlage als Gesamtes muss ich nicht mehr viel sagen, sondern schliesse mich den Voten meiner Vorredner an, auch der Überprüfung durch die Finanzkommission. Der Gemeinderat hat insbesondere geprüft, ob der erteilte Auftrag erfüllt worden ist. Es konnte, unter anderem auch bei einem Augenschein, festgestellt werden, dass die Arbeit tadellos erfüllt worden ist. Es sind viele interessante Berichte entstanden. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie die Gelegenheit haben, einen Termin zu vereinbaren und das Archiv zu besichtigen. Es liegen beispielsweise Urkunden aus dem 15. - 17. Jahrhundert vor. In diesen Schriften ging es hauptsächlich um Landhandel zwischen dem Landvogt, dem Kloster und weiteren Beteiligten. Die Archivierung dieser Dokumente erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Staatsarchiv. Es bestehen Richtlinien des Staatsarchivs, an die wir uns natürlich halten. Die Zuständigkeit für die künftige Archivierung liegt beim Gemeindeschreiber. Am 1. Juli 2008 tritt das IDAG (Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen) in Kraft. Die Archivierung wird den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zweckmässig weitergeführt. Wie von der Finanzkommission richtig erwähnt wurde, hat es eine kleine Kreditüberschreitung von rund Fr. 4'000.00 gegeben. Mit den Worten von Werner Hartmann beim Traktandum 4, dass eine Überschreitung von Fr. 4'500.00 eine Punktelandung ist, möchte ich mein Votum schliessen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung in der Höhe von Fr. 100'132.15 wird genehmigt.

8. Bericht zur Fusionsanfrage Neuenhof sowie zur Gemeindelandschaft

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hat Ihnen zu diesem Traktandum einen Bericht mit Stand 24. April 2008 zur Kenntnisnahme zugestellt. Sie konnten der Aargauer Zeitung vom 29. April 2008 entnehmen, dass sich die Arbeitsgruppe für regionale Zusammenarbeit neu bildet. Somit hat sich die Ausgangslage verändert. Die Veränderungen, die seither stattgefunden haben, möchten wir dem Einwohnerrat nicht vorenthalten, damit Sie über den aktuellen Stand Bescheid wissen. Der Gemeinderat hat auch heute Morgen nochmals über dieses Thema beraten.

Der Ihnen vorliegende Bericht hat nach wie vor Gültigkeit und kann wie folgt ergänzt werden:

Der Gemeinderat Wettingen hat immer festgehalten und es konnte auch der Presse entnommen werden, dass für ihn die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit Vorrang vor Fusionen hat. Dies wurde immer deutlich kommuniziert. Auch die 19 Gemeinden der Baden Regio halten an diesem Grundsatz fest. Unter dieser Voraussetzung war und ist für den Gemeinderat Wettingen ein sich Einbringen in einer Arbeitsgruppe immer möglich. Aber nicht unter der Prämisse, dass das einzige Ziel der Abschluss einer Fusion ist.

Eine Zusammenarbeit hat massgeschneidert nach Aufgabenbereichen zu erfolgen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden will der Gemeinderat überprüfen. Dies ist auch angezeigt; es ist ein permanenter Prozess. Die um Baden formierte Arbeitsgruppe heisst neu "Arbeitsgruppe Zusammenarbeit". Diese Arbeitsgruppe hat sich vom ursprünglich angestossenen Ziel "Absichtserklärung zum Zusammenschluss mit Baden" distanziert. Die ursprüngliche Stossrichtung "Absichtserklärung zum Zusammenschluss mit Baden" der zu bildenden Arbeitsgruppe um Baden und Neuenhof hatte vorwiegend das Ziel der Grundlagenarbeit für die befristete Möglichkeit einer Unterzeichnung eines "Letter of Intent" bis Ende 2008. Diese Stossrichtung wurde nun seitens der Initianten zu Recht fallen gelassen. Der Gemeinderat Wettingen begrüsst diesen für die Region wichtigen Kurswechsel.

Die Ziele der neuen Arbeitsgruppe können wie folgt umschrieben werden:

"Die neu zu bildende Arbeitsgruppe wird sich den Auftrag geben, die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bezirk Baden, mit Schwergewicht auf die Region Baden-Wettingen, in grundsätzlicher und umfassender Art zu überprüfen. Jeder Teilnehmende kann selbstständig entscheiden, mit welcher Intensität er sich in dieser Arbeitsgruppe beteiligen will."

Das ursprüngliche Ziel wurde folgendermassen festgehalten: "Grundlagenabklärungen für die Region, ob ein Zusammenschluss mit Baden und Neuenhof auch für weitere Gemeinden sinnvoll ist."

Der Gemeinderat hat immer gesagt, es kann nicht das alleinige Ziel einer Arbeitsgruppe sein, den Zusammenschluss mit Baden zu prüfen. Es geht vor allem darum, die regionale Zusammenarbeit zu stärken und zu überprüfen. Insofern ist der Bericht vom 24. April 2008 nicht mehr ganz aktuell. Unter diesen neuen Voraussetzungen wird der Gemeinderat Wettingen in der Arbeitsgruppe vorerst Einsitz nehmen. In diesem Sinne möchte ich den Ihnen vorliegenden Bericht ergänzen.

Andreas Rufener: Aufgrund der Ausführungen des Gemeindeammanns habe ich eine Frage. Hat der Gemeinderat einer Teilnahme in dieser Arbeitsgruppe bereits zugesagt?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hat die Teilnahme in dieser Arbeitsgruppe beschlossen, aber unter Vorbehalt der heutigen Diskussion hier im Einwohnerrat. Weiter hat der Gemeinderat mich als Gemeindeammann in diese Arbeitsgruppe entsendet mit der Aufgabe zur Berichterstattung und Information.

Esther Elsener Konezciny: Habe ich richtig verstanden, dass der Gemeindeammann in dieser Arbeitsgruppe vertreten ist, unabhängig von der heutigen Diskussion? Wir begrüssen diese Mitarbeit. Es ist wichtig, dass wir dort vertreten sind und dieses Gremium nutzen und mitreden. Für mich stellt sich die Frage, wieso diese Diskussion nicht auf der Ebene von Baden Regio stattfindet?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Ich wiederhole nochmals, was ich bereits gesagt habe. Die Arbeitsgruppe hat bezüglich ihrer Zielsetzung einen Kurswechsel vollzogen. Das ursprüngliche Ziel war das Forcieren einer Fusion mit Baden und das Unterschreiben einer Erklärung bis Ende 2008. Unter diesen Voraussetzungen war der Gemeinderat Wettingen nicht bereit mitzuarbeiten. Das neue Ziel der Arbeitsgruppe ist, die regionale Zusammenarbeit offen zu prüfen und wo möglich und sinnvoll zu intensivieren. Unter diesen Bedingungen hat sich der Gemeinderat zu einer Mitarbeit entschlossen, es sei denn es käme heute vom Einwohnerrat eine absolute Opposition gegen dieses Vorgehen.

Zur zweiten Frage: Es ist keine Kernaufgabe von Baden Regio. In der Zwischenzeit hat Baden Regio resp. die angeschlossenen 19 Gemeinden eine gemeinsame Stellungnahme zur Gerag (Gemeindereform Aargau) verabschiedet. Das Thema bleibt aber aktuell. An der nächsten Baden Regio-Sitzung vom 5. Juni 2008 ist die Thematik bereits wieder traktandiert.

Andreas Rufener: Die Fraktion EVP/Forum 5430 begrüsst das vorgeschlagene Vorgehen. Wir begrüssen es, dass das Parlament auf dem Laufenden gehalten wird. Wir haben unsere Zweifel, ob das Gerag in seiner heutigen Ausgestaltung genehmigt wird. Die Grossstadt Baden ist noch nicht gegessen. Wir möchten deshalb an den Gemeinderat appellieren, die Zusammenarbeit mit Neuenhof weiter zu führen und nicht überstürzt zu kündigen. Die bisherige Zusammenarbeit hat sich als sinnvoll erwiesen. Selbstverständlich begrüssen wir auch eine engere Zusammenarbeit mit Baden, damit künftig mehr Projekte gemeinsam realisiert werden können.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Es ist die Frage im Raum, wie es mit der Zusammenarbeit mit Neuenhof weitergeht. Wir hatten am 6. Mai 2008 eine Sitzung mit dem Gemeinderat Neuenhof. Wir haben gemeinsam die Situation analysiert und keinen Handlungsbedarf festgestellt.

Im Rahmen der Fusionsvorbereitungen zwischen Baden und Neuenhof werden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen gebildet. Es ist vorgesehen, dass wir durch diese Arbeitsgruppen kontaktiert werden, sobald eine Schnittstelle zu uns besteht.

Beschluss des Einwohnerrates

Der Bericht des Gemeinderates zur Fusionsanfrage Neuenhof sowie zur Gemeindelandschaft wird zur Kenntnis genommen.

9. Interpellation Esther Elsener Konezciny vom 24. Januar 2008 betreffend zweite Etappe Zentrumsplatz; Beantwortung

Esther Elsener Konezciny: Ich habe diese Interpellation eingereicht, weil ich nachfragen wollte, was der aktuelle Stand betreffend zweite Etappe Zentrumsplatz ist. Es geht mir dabei nicht nur um die Neubauten, sondern auch um die Einbindung in die bestehenden Strukturen, um neue Verbindungswege, um die neue Nutzung des EW-Gebäudes etc. Mich interessiert, was diesbezüglich alles läuft.

Gemeinderat Daniel Huser: Zu den gestellten Fragen der Interpellation und den Zusatzfragen möchte ich gerne Antwort geben. Ich habe die Fragen zusammengefasst. Die erste Frage lautete, ob die Eckwerte für die zweite Ausbauetappe des Zentrumsplatzes definiert sind und in der vierten Frage wurde nach dem konkreten Zeitplan gefragt.

Der Gemeinderat hat seine Legislaturziele betreffend Zentrumsplatz an einer kürzlich durchgeführten Klausurtagung festgelegt und bestätigt. Die Eckwerte sind definiert und die Massnahmen für die Projektphase zweite Etappe sind eingeleitet. Neben einer Wohn-/Gewerbenutzung, analog zur ersten Etappe, welche im Rahmen eines Wettbewerbes umgesetzt worden ist, ist die Prüfung von neuen Nutzungen am alten Standort des EW-Werkhof im bestehenden Areal in Arbeit. Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission EWW sind der Meinung, dass der bisherige Standort beibehalten werden soll. Eine entsprechende Voruntersuchung wird abschliessend zeigen, ob die Verlegung ins Untergeschoss umsetzbar ist. Verlaufen diese Abklärungen positiv, können die weiteren Schritte eingeleitet werden. Im Frühherbst 2008 sollen diese Resultate vorliegen. Weiter lässt der Gemeinderat prüfen, ob eine andere Nutzung oder Ausrichtung des EW-Ladens resp. des Erdgeschosses möglich ist. Der genau Zeitplan für die Realisierung der zweiten Etappe ist in Bearbeitung, hängt aber davon ab, wer der künftiger Bauherr sein wird (Gemeinde oder Investor).

Zu den anderen beiden Frage betreffend Einsetzung einer Arbeitsgruppe und ob auch Anwohner vertreten sind.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es nicht grundsätzlich Aufgabe der Gemeinde ist, als Investorin aufzutreten. Sie hat mit dem Erwerb / Verkauf von Grundstücken in erster Linie die Aufgabe einer Sicherstellung, Arrondierung von öffentlichen Betrieben und Anlagen sowie der Förderung von guten Projekten. Eine Analyse betreffend Anzahl und Nutzungsintensität der in der Gemeinde vorhandenen Aulen, Säle und Versammlungslokale zeigt, dass mittel- bis langfristig kein Bedarf dieser Art besteht. Unter anderem aus diesem Grund wird die Gemeinde nicht als Bauherrin auftreten. Die notwendige Steuerung durch die öffentliche Hand erfolgt durch entsprechende Bedingungen und Auflagen beim Verkauf des Grundstückes sowie durch die Mitwirkung der Ortsbildkommission im Planungs- und Baubewilligungsverfahren. Der Gemeinderat hat die Anliegen der Bevölkerung und die Erfahrungen aus der ersten Etappe aufgenommen (beispielsweise öffentliche WC-Anlage) und wird diese einfließen lassen und wenn möglich verbindlich machen. Aus diesen Gründen erübrigt sich die Frage, ob wir eine Arbeitsgruppe einsetzen wollen.

Können Sie bitte die einleitend gestellten Fragen nochmals wiederholen?

Esther Elsener Konezciny: Mir geht es vor allem um die Gestaltung des "Zentrumraumes". Ich habe die Ladennutzung des EWs angesprochen, aber auch der Verbindungsweg vom oberen in den unteren Teil des Platzes. Ich bin der Meinung, dass a) Transparenz kommuniziert werden muss und b) dass die Leute einbezogen werden, die dort leben und wohnen, aber auch Ladenbesitzerinnen und -besitzer sowie Nutzerinnen und Nutzer. Meiner Meinung nach sind besondere Anstrengungen nötig um das Zentrum zu beleben.

Gemeinderat Daniel Huser: Die Belebung wäre ein abendfüllendes Thema. Jeder von uns, der einmal pro Woche an der Landstrasse einkaufen geht, trägt zur Belebung bei. Konkret wird durch die Verwaltungskommission EWW überprüft, ob eine Änderung der Nutzung des EW-Ladens angezeigt ist. Das Volumen des Projektes Zentrumsplatz wurde im Rahmen eines aufwändigen Wettbewerbsverfahrens definiert. Daran ändert sich für die zweite Etappe eigentlich nichts. Aber die Entwicklung aus der ersten Etappe zeigt, dass die von Ihnen angesprochenen Punkte wie die Verbindung von der Stiegelenstrasse zur Landstrasse, die Belebung des Platzes durch Fussgänger und Velofahrer etc. aufgenommen und geprüft werden. Auch wird mit den Eigentümern der 1. Etappe (nicht mit den Mietern) betreffend Veränderung des Projektes Kontakt aufgenommen, beispielsweise für den Bau einer öffentlichen WC-Anlage.

Gemeinderat Roland Kuster: In Ergänzung zu den Äusserungen von Daniel Huser möchte ich gerne folgendes erwähnen. Aus der Diskussion höre ich, dass auch das EWW tangiert wird.

1. Werkhof EWW: Die Verwaltungskommission und der Gemeinderat haben sich klar dafür ausgesprochen, dass zurzeit keine andere Möglichkeit in Frage kommt, als das EWW dort zu belassen wo es heute ist. Dies betrifft das Betriebsgebäude, die Administration, die Netzleitstelle und den Laden. Es besteht das Bedürfnis, den Werkhof zu verlegen. Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission sind der Auffassung, dass für einen neuen Standort aber nicht teures Land in Frage kommt, welches je rar gesäht ist in Wettingen. D.h. Flächen wie das Wannerareal oder eine Verlegung in den Osten kommen für uns nicht in Frage. Heute haben wir im Werkhof noch Bereitstellungslager. Wenn immer möglich werden die Baustellen just-in-time beliefert. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir die zweite Etappe nutzen möchten, um unsere Bereitstellungsräume in die Überbauung im Untergeschoss zu integrieren. Eine Machbarkeitsstudie wird zeigen, ob dies möglich ist. Es wäre eine finanziell günstige Lösung.

2. EWW-Gebäude als solches: Wir hatten extrem Mühe nach dem Weggang der Kantonspolizei den 3. Stock des Gebäudes wieder zu vermieten. Heute konnte ich einen Mietvertrag für den ganzen 3. Stock unterzeichnen. Anscheinend ist die Lage doch nicht so attraktiv wie immer geglaubt wurde. Das EWW-Gebäude hat architektonisch eine Ausrichtung Richtung Landstrasse. Die Verwaltungskommission prüft, ob eine architektonische Verbindung Richtung Zentrumsplatz möglich ist. Es wird in nächster Zeit ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Es wird auch geprüft, ob in diesem Bereich eine Drittnutzung möglich ist.

Esther Elsener Konezciny: Ich bin mit der Antwort zufrieden. Vielen Dank für die Ausführungen.

Werner Hartmann: Im Einwohnerratsprotokoll vom 7. September 2006 steht, dass die Zielsetzung lautet, den Werkhof auszulagern. Habe ich nun richtig verstanden, dass man innerhalb von 1 ½ Jahren zu einer anderen Einschätzung gelangt ist? Was sind die Gründe dafür?

Gemeinderat Roland Kuster: Der EW-Werkhof hat heute nicht mehr die Funktion wie vor 10 oder 15 Jahren. Wie bereits erwähnt arbeiten wir nur noch mit einem Bereitstellungslager und beliefern die Baustellen just-in-time. Dies führt dazu, dass es zu Änderungen in den betrieblichen und organisatorischen Abläufen gekommen ist. Wir haben nun die Möglichkeit, unsere Arbeit anders zu organisieren und brauchen nicht mehr so viel Platz wie früher. Diese Veränderung hat dazu geführt, dass wir nun prüfen, ob es möglich ist, die notwendigen Räume für die Bereitstellung, die Fahrzeugeinstellung oder die Zuschneidemaschine, im neuen Gebäudekomplex der zweiten Etappe zu integrieren. Dies wäre eine in allen Belangen optimale Lösung.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation wird Kenntnis genommen.

10. Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen; Entgegennahme

Markus Maibach: Jede Organisation hat mehrere Dimensionen. Die einzelnen Ressorts sind in einer Querstruktur organisiert und dazwischen hat es verschiedene verbindende Elemente. Daraus entstehen verschiedene, ressortübergreifende Querschnittsaufgaben. Wir haben das Gefühl, dass in diesem Bereich, nämlich bei der Erfüllung der Querschnittsaufgaben, Potential liegt. Insbesondere auch aufgrund der Grösse der Gemeinde. Vor allem die Bau- und Planungsabteilung ist gefordert. Aber auch die Gemeindekanzlei als Generalsekretariat der Gemeinde ist stark beteiligt. Dies ist der Hintergrund unseres Postulates. Wir haben konkrete Fragen gestellt und möchten anregen, dass dieses Potential gesucht wird. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegen nimmt.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Es ist eine Tatsache, dass in einem grossen Unternehmen die Prozesse laufend überprüft werden müssen. Dies ist eine Daueraufgabe. Insbesondere dann, wenn ein Amt neu angetreten wird wie in meiner Situation. Ich bin jetzt im 5. Monat, gehen Sie aber nicht davon aus, dass das Kind im 9. Monat geboren wird. Eine Überprüfung hat seriös und vertieft zu erfolgen. Da solche Prüfungen so oder so immer stattfinden müssen, ist das Anliegen des Postulates berechtigt.

Beschluss

Das Postulat wird überwiesen.

11. Motion Fraktion SVP vom 24. Januar 2008 betreffend kostendeckende Polizeileistungen für Neuenhof nach dem Grundsatz: Wettinger Steuergelder für Wettingen; Ablehnung

Thomas Bodmer: Ich danke dem Gemeinderat dafür, dass wir zum ersten Mal einen schriftlichen Bericht zu einer Motion erhalten haben, wenn auch etwas spät. Der Bericht enthält viele Zahlen, lässt aber auch einiges offen und enthält verschiedene Unklarheiten, die wir nicht nachvollziehen können.

Im Bericht steht, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass im Gebiet Wettingen-Neuenhof 1'200 Einwohner pro Polizist die richtige Grösse wäre und nicht die Zahlen gemäss der Polizeiabgeltungsverordnung PAV. Diese sind nicht anwendbar, da die Gemeinde die Leistungen nicht bei der Kantonspolizei einkauft. Bereits im nächsten Abschnitt kommt eine andere Logik. Es wird offensichtlich, dass diese Angaben nur für Wettingen stimmen. Für das Gebiet Neuenhof ging man im Jahr 2004 von 1'900 Einwohner pro Polizist aus. Als Folge dieser Fusion mussten vier neue Mitarbeitende eingestellt werden zu Lasten der Gemeinde Wettingen, obwohl die Leistungen mehrheitlich für Neuenhof erbracht werden, da dort die Polizeidichte sehr viel höher ist. Entweder stimmt mit dieser Berechnung etwas nicht oder wir haben eine Polizeidichte, die viel zu hoch ist. Ich sehe nicht ein, wieso wir in Neuenhof pro 1'900 einen Polizist brauchen und in Wettingen nur pro 1'200 Einwohner. Mit anderen Worten, diese Zahlen in diesem Bericht stimmen nicht. Bei einer Trennung könnten nicht nur 4 Stellen wieder abgebaut werden, sondern 8 - 10 Stellen. Dann würden nämlich auch die Zahlen stimmen. Nachdem Neuenhof nun mit Baden fusionieren will, kann es doch nicht sein, dass wir weiterhin unsere Steuergelder nach Neuenhof schicken und Baden indirekt von diesen günstigen Polizeileistungen profitieren kann. Wir sollten für uns schauen, damit bei uns qualitativ gute Polizeiarbeit geleistet wird. Deshalb haben wir diese Motion eingereicht und beantragen Ihnen, diese zu überweisen.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Gemäss der PAV und der Ihnen vorliegenden Unterlagen sind für städtische Gemeinden wie Wettingen ein Polizist pro 900 Einwohner und für Agglomerationsgemeinden wie Neuenhof ein Polizist pro 2'300 Einwohner vorgeschrieben. Dies würde dazu führen, dass der Personalbestand aufgestockt werden müsste. Für Wettingen wären es total 21.5 Stellen und für Neuenhof 3.5 Stellen, total 25 Stellen. Wir haben heute jedoch lediglich einen Personalbestand von 20.5 Stellen für beide Gemeinden.

Wir haben die Zahlen im Detail überprüft. Eine hypothetische Berechnung zeigt, dass die Polizeikosten für Wettingen ohne Neuenhof Fr. 89.50 pro Einwohner betragen würden. Mit Neuenhof betragen die Kosten lediglich Fr. 62.00 pro Einwohner. Dies ist auch der Betrag, der an Neuenhof weiterverrechnet wird. Fazit: Ohne die Gemeinde Wettingen wären die Polizeileistungen in Wettingen teurer.

Thomas Bodmer: Es steht im Bericht, dass die Polizeiabgeltungsverordnung für Gemeinden mit Regionalpolizeien nicht gültig und nicht verbindlich ist. Sogar der Gemeinderat geht davon aus, dass das Gebiet Wettingen-Neuenhof weder als städtisch noch als Agglomeration einzustufen ist. Deshalb sind die Zahlen in der PAV gar nicht relevant und somit nicht anwendbar und deshalb falsch. Der Gemeinderat behauptet aufgrund einer Milchbüchlirechnung, dass in Neuenhof die Polizeidichte tiefer ist als in Wettingen. Betrachtet man die Einsatzzahlen, ist ersichtlich, dass in Neuenhof pro Einwohner deutlich mehr Einsätze geleistet werden als in Wettingen. Deshalb beinhaltet diese Rechnung einen Fehler und die Antwort des Gemeinderates ist falsch.

Thomas Meier: Wir können noch lange darüber reden, wer hier was verdreht. Für mich ist die Situation klar. Ich möchte gerne zuhänden des Protokolls festhalten, dass Thomas Bodmer von der SVP die Polizei Wettingen um die Hälfte reduzieren möchte. Er hat von 8 - 10 Stellen gesprochen.

Marie-Louise Reinert: Ich verstehe, dass im Hinblick auf die Fusion Neuenhof-Baden Gedanken gemacht und Fragen gestellt werden, was die Zusammenarbeit zwischen Wettingen und Neuenhof betrifft. Aber ich finde den Zeitpunkt noch zu früh. Wir sollen abwarten wie sich die Sache entwickelt und später überprüfen, was für Konsequenzen wir ziehen müssen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 : 8 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

12 Motion Fraktion SVP vom 13. März 2008 gegen Steuern auf Vorrat mit einer Senkung des Steuerfusses um 3 % auf 84 %; Ablehnung

Thomas Bodmer: Die finanzielle Begründung für die Motion haben Sie mit dem Motionstext erhalten. Ich möchte gerne folgendes ergänzen.

Was mit den Überschüssen aus den letzten 10 Jahren passieren soll, konnten wir heute im Leserbrief der SP in allen Details lesen. Das Geld soll gebraucht und verteilt werden, damit wir später den Steuerfuss erhöhen können. Was will der Gemeinderat erreichen mit der Suggestivumfrage, ob sich die Bürger als Dorf- oder Stadtbewohner fühlen, wo man die Antwort auf diese Umfrage bereits weiss, bevor die Auswertung abgeschlossen ist. Wieso wurde die Frage nicht gestellt, ob sich die Bürger als Gemeindebewohner fühlen? Wettingen ist eine Gemeinde. Rechtlich gesehen gibt es im Kanton Aargau keine andere Form als die Gemeinde. Alles andere ist ein Wortspiel, mit dem man offensichtlich irgendwelche politischen Ziele verfolgen will. Der Dorfbewohner wird abwertend dargestellt, damit die Stadt propagandiert werden kann, damit auf dem Briefpapier Stadtpräsident und nicht Gemeindeammann steht und vor allem, damit neue Projekte angerissen werden können, so wie es im Leserbrief der SP stand. Die Überschüsse der letzten paar Jahre belaufen sich auf eine Grössenordnung von ca. Fr. 50 Mio. Wir sind heute als Gemeinde sowohl Bank als auch Kreditnehmer. Wir beziehen zum Teil Geld bei Banken für 6 bis 7 % Zins, auf der anderen Seite leihen wir Geld aus für 1 bis 2 %. Ist es nicht einfach so, dass wir Wettingen so belassen sollten wie es heute ist? Müssen wir wirklich etwas ändern? Wettingen ist heute bereits attraktiv. Dies bestätigen verschiedene Ratingagenturen, die Gemeinden bewerten, beispielsweise auf der Internetseite Homegate für die Wohnungssuche. Aus diesem Rating ist ersichtlich, dass Wettingen sehr deutlich vor Baden platziert ist. Die Infrastruktur wird als mindestens gleichwertig eingeschätzt, entgegen der Berichterstattung in gewissen Medien. Offenbar empfindet die Bevölkerung das Infrastrukturangebot in Wettingen und in Baden als gleichwertig. Baden hat im Vergleich zu Wettingen an verschiedenen Orten Abzüge erhalten, beispielsweise aufgrund der Verkehrsprobleme, des höheren Steuerfusses, der verschiedenen vorhandenen Sicherheitsproblemen wie höhere Jugendgewalt etc..

Die SVP ist der Auffassung, dass Wettingen so bleiben soll wie es heute ist. Wir sollten nicht weiterhin Überschüsse anhäufen und sammeln, damit wir irgendwann Megainvestitionen finanzieren können, die der Bürger gar nicht will. Deshalb sind wir der Meinung, dass es besser ist, den Steuerfuss rechtzeitig zu senken und dem Bürger die in den letzten Jahren erzielten Mehrerträge zurückzugeben.

Im Übrigen ist es so, dass im Kanton Aargau noch nie soviel Steuern bezahlt werden mussten wie im Jahr 2008. Wir haben ein absolutes Rekordniveau erreicht, weil die kalte Progression seit 10 Jahren nicht mehr ausgeglichen wurde. Dies führt vor allem im Mittelstand zu grösseren Belastungen. Wettingen hat heute die Chance, diese Ungerechtigkeit mit einer massiven Steuerfussenkung auszugleichen. Wir verlangen aber keine massive Senkungen, sondern lediglich eine moderate Senkung, wie wir sie bereits vor einem Jahr beantragt haben. Bitte stimmen Sie dieser Motion zu.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Zur Motion möchte ich gerne inhaltlich etwas sagen, bevor ich zur materiellen Begründung komme.

Der Gemeinderat distanziert sich ganz klar von Äusserungen seitens der SVP, dass das Volk lästig sei. Das Volk ist für den Gemeinderat nicht lästig. Im Weiteren ist für den Gemeinderat die Aussage, dass demokratische Legitimationen hintergangen werden, völlig deplatziert. Wenn wir die steuergünstigste Gemeinde im Kanton Aargau werden möchten, dann müssten wir die Planung eines Kernkraftwerkes in Angriff nehmen.

Der Budgetprozess wird in Wettingen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, d.h. seriös und nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt. Es ist nicht richtig, dass Katonsbeiträge, wie beispielsweise der Beitrag SPG, genau budgetiert werden können, da die Höhe dieser Rückerstattung abhängig ist von der im Rechnungsjahr getätigten Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe.

Zur Zulässigkeit der Motion: Der Gemeinderat ist gehalten, die gebundenen und die sonst wie verbindlichen Aufgaben in das Budget aufzunehmen. Eine Motion betreffend Steuerfuss hat deshalb nur eine eingeschränkte Verbindlichkeit. Der Gemeinderat hat zur einer überwiesenen Motion Bericht und Antrag zu stellen. Für den Antrag ist der verlangte Steuerfuss aber nicht verbindlich; im Bericht hingegen muss der Gemeinderat begründen, warum der Steuerfuss gemäss Motion nicht eingehalten werden kann. Im Übrigen hat der Einwohnerat die Möglichkeit, bei der Behandlung des Budgets seine Vorstellung durchzusetzen.

Der Gemeinderat hat sich auch mit der Frage befasst, ob das Begehren als unverbindliches Postulat entgegen genommen werden soll. Der Gemeinderat hatte die Grundsatzfrage zu klären, ob eine Steuerfussenkung um 3 % finanziell tragbar ist oder nicht. Aufgrund der Einschätzung des Kantons zur finanziellen Lage von Wettingen und nach unserer Beurteilung, in Rücksprache mit der Finanzabteilung, will der Gemeinderat davon absehen. Auch wenn seit einigen Jahren positive Rechnergebnisse erzielt werden konnten, heisst dies noch nicht, dass die finanzielle Situation weitere Steuerfussenkungen zulässt. Verschiedene Kennzahlen sprechen gegen weitere Steuerfussenkungen, beispielsweise die Belastbarkeitsquote oder der Selbstfinanzierungsgrad. Die Belastbarkeitsquote beträgt im 2007 mit 7.5 Mio. knapp die Hälfte des empfohlenen Richtwertes. Der Selbstfinanzierungsgrad sollte 100 % betragen. Im Jahr 2007 betrug der Selbstfinanzierungsgrad 61.6 %. Das Gemeindeinspektorat prüft und beurteilt jeweils den Voranschlag der Gemeinde. Die Beurteilung des Kantons für den Voranschlag 2008 lautet: "Leistungsfähigkeit und/oder Verschuldung evtl. problematisch".

Aufgrund dieser Gründe beantragt der Gemeinderat die Ablehnung dieser Motion.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Damit ist eigentlich schon alles gesagt. Da aber etwas ausgeholt wurde, erlaube ich mir doch noch ein paar Bemerkungen.

Zum Leserbrief der SP: Inhaltlich konnte dem Leserbrief nichts neues entnommen werden. Die Anliegen der SP sind uns allen bekannt. Dies macht uns aber keine Angst. Die Fraktion SP/WettiGrünen hat 13 Sitze von insgesamt 50. Aber wenn die SVP-Fraktion nicht wie in letzter Zeit ab und zu gleicher Meinung ist, machen uns diese 13 Sitze nicht so viel Angst, wenn es darum geht den Kurs für die Zukunft zu bestimmen. Dies ist für uns keine neue Ausgangslage.

Zur Attraktivität von Wettingen. Ich habe schon mehrmals hier drin erwähnt, und dies war durchaus ernst gemeint, dass Wettingen eine Erfolgsgeschichte ist. In den letzten 10 bis 20 Jahren wurde erfolgreiche Arbeit geleistet. In der Privatwirtschaft würden die entsprechenden Leute an der Spitze mit dicken Boni abgegolten. Der Erfolg basiert nicht nur auf einem attraktiven Steuerfuss, sondern auch auf der Infrastruktur, auf dem Angebot für die Bevölkerung etc. Bis jetzt wurde aus jenem Ecken immer nur erwähnt, was eigentlich schlecht ist an Wettingen. Es wurden Honorszenarien aufgestellt. In den Wahlkämpfen wurden gewisse Sachen in den Dreck gezogen. Heute hören wir zum ersten Mal, wie attraktiv Wettingen gemäss namhaften Ratingagenturen doch ist. Wir sind topattraktiv, es wird sehr viel sehr gut gemacht. Es wurde sogar überspitzt gesagt, es soll alles so bleiben wie es ist. So weit würde ich nicht gehen. Stillstand ist Rückschritt. Wir entwickeln uns gerne immer weiter und versuchen noch etwas besser zu werden. Wir können heute festhalten, jawohl, Wettingen ist attraktiv, unter anderem auch wegen dem tiefen Steuerfuss. Aber wir können diese Motion getrost ablehnen und auf das Budget 2009 warten.

Marie-Louise Reinert: Herr Bodmer erwähnt heute zum dritten oder vierten Mal, dass Wettingen Geld zu einem hohen Zinssatz aufnimmt und Geld zu einem tiefen Zinssatz anlegt. Wenn ich dies in meinem Haushalt so machen würde, bekäme ich einen Rüffel. Deshalb möchte ich ganz konkret fragen, wieso er das so sagt.

Gemeindeammann Dr. Makus Dieth: Wieso Herr Bodmer dies behauptet, kann ich nicht beantworten. Ich kann nur sagen, dass es nicht so ist. Der Einwohnerrat wird wie immer die Anlagen der Gemeinde im Rahmen der Rechnung überprüfen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 : 9 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Wettingen, 6. Juni 2008

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Hermann Steiner

Protokollführerin

Sibylle Hunziker